

Datenschutzhinweise in Bezug auf Informationspflichten für Verfahrensbeteiligte in Insolvenz(antrags)verfahren gem. Art. 12 ff. DSGVO

1. Name und Kontaktdaten des für die Verarbeitung Verantwortlichen sowie des betrieblichen Datenschutzbeauftragten

Die Daten werden durch die **Rechtsanwälte Illig Braun Kirschnek GbR** im Auftrag durch den dieser Gesellschaft angeschlossenen Sachverständigen, (vorläufigen) Insolvenzverwalter, Treuhänder oder (vorläufigen) Sachwalter verarbeitet. Die Kontaktdaten sind: Heilbronner Str. 190, 70191 Stuttgart, Email: info@rae-ibk.de Telefon: +49 (0)711-225583-0 Fax: +49 (0)711-225583-20. Die betriebliche Datenschutzbeauftragte des Verantwortlichen ist unter der o.g. Anschrift beziehungsweise unter datenschutz@rae-ibk.de erreichbar.

2. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Verarbeitet werden personenbezogene Daten, die bei Ihnen erhoben wurden und werden.

Des Weiteren werden personenbezogene Daten aus öffentlich zugänglichen Quellen (z.B. Insolvenzbekanntmachungen, Handels- und Vereinsregister, Internet etc.) verarbeitet. Letztlich werden personenbezogene Daten durch Dritte, auf Anfrage, bei rechtmäßigem Anspruch zur Verfügung gestellt, um den gerichtlichen Auftrag zur Bearbeitung eines Insolvenz(antrags)verfahrens zu erfüllen, was in den entsprechenden gesetzlichen Regelungen vorgesehen ist.

Wir verarbeiten u.a. folgende Informationen:

- Vorname, Nachname, Titel
- Kontaktdaten, wie z.B. Telefon, E-Mail Adresse
- Anschrift,
- Geburtsdatum,-ort und Staatsangehörigkeit,
- möglicherweise Besondere Kategorien von personenbezogenen Daten, sofern diese für die Zweckerfüllung notwendig sind,
- Familienstand und Unterhaltspflichten,
- Finanz-, Steuerdaten und Versicherungsdaten,
- Angaben zu Vermögensverhältnissen, Vermögensgegenstände und Ansprüche gegen Dritte.

Die Datenverarbeitung erfolgt zum Zwecke der Erfüllung des gerichtlichen Auftrages und zur Durchführung des Insolvenz(antrags)-verfahrens. Die **Rechtmäßigkeit dieser Datenverarbeitung ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c, f DSGVO**. Die Datenverarbeitung ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung des Verantwortlichen und auf Grundlage des berechtigten Interesses der Verfahrensbeteiligten an einer ordnungsgemäßen Verfahrensdurchführung notwendig.

Für den benannten Zweck besteht die Notwendigkeit die erhobenen Daten zu speichern. Nach Zweckerfüllung müssen die gespeicherten Daten gelöscht werden. Die erhobenen Daten zum Zwecke der Durchführung des Insolvenz(antrags)verfahrens werden nach der Beendigung des Verfahrens, der Erfüllung sämtlicher gegenseitiger Ansprüche und wenn keine anderweitigen gesetzlichen Aufbewahrungspflichten oder Rechtfertigungsgründe vorliegen gelöscht. Die entsprechenden Aufbewahrungspflichten ergeben sich aus dem Handelsgesetzbuch bzw. der Abgabenordnung. Diese sehen eine 10-jährige Aufbewahrungspflicht für bestimmte Dokumente vor. Sollte sich eine entsprechende Aufbewahrungspflicht aus den Dokumenten ergeben, ist eine Löschung mit Ablauf von 10 Jahren nach Beendigung der jeweiligen Insolvenz(antrags)verfahrens vorgesehen.

3. Weitergabe von Daten

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den aufgeführten Zwecken findet nicht statt. Unter anderem kann eine Übermittlung zu den genannten Zwecken erforderlich sein bzw. aufgrund einer Rechtsvorschrift erfolgen an:

- Gerichte
- Verfahrensbeteiligte
- Ämter und Behörden
- das Landesamt für Statistik hinsichtlich des Insolvenzstatistikgesetzes
- Sozialversicherungsträger
- Bundesagentur für Arbeit
- Staatsanwaltschaft

Zugriff auf die Daten erhalten die Mitarbeiter des Verantwortlichen, die in dem jeweiligen Insolvenzverfahren tätig werden. Diese sind sämtlich vertraglich zur Wahrung der Vertraulichkeit verpflichtet. Ebenso erhalten eingesetzte Dienstleister und Erfüllungsgehilfen, welche ebenso zur Einhaltung der Vertraulichkeit vertraglich verpflichtet sind, Zugriff auf die Daten, wenn deren Tätigkeit für die Durchführung des jeweiligen Insolvenzverfahrens notwendig ist. Zum Teil sind die Dienstleister als Auftragsverarbeiter mittels einer Auftragsverarbeitungsvereinbarung gemäß Art. 28 ff. DSGVO an die Einhaltung der Datenschutzvorschriften zusätzlich gebunden.

Eine Übermittlung der Daten an Dritte in ein Drittland oder eine internationale Organisation findet nicht statt.

4. Betroffenenrechte

Sie haben das Recht:

- gemäß Art. 15 DSGVO Auskunft über Ihre von uns verarbeiteten personenbezogenen Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 16 DSGVO unverzüglich die Berichtigung unrichtiger oder unvollständiger Daten zu verlangen;
- gemäß Art. 17 DSGVO die Löschung Ihrer bei uns gespeicherten personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit einem solchem Anspruch nichts entgegensteht;
- gemäß Art. 18 DSGVO die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zu verlangen, soweit einem solchem Anspruch nichts entgegensteht;
- gemäß Art. 20 DSGVO Ihr Recht auf Datenübertragbarkeit auszuüben, soweit einem solchem Anspruch nichts entgegensteht.
- gemäß Art. 21 DSGVO einen formfreien Widerspruch einzulegen

Hinsichtlich des Auskunfts- und Löschungsrechts gelten die Beschränkungen u.a. nach den §§ 34, 35 BDSG und der DSGVO. Des Weiteren besteht ein Beschwerderecht bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde gemäß Art. 77 DSGVO i.V.m. § 19 BDSG. Für den hier genannten Verantwortlichen ist der Landesbeauftragte für Datenschutz in Stuttgart zuständig.

5. Widerspruchsrecht

Sofern Ihre personenbezogenen Daten auf Grundlage von berechtigten Interessen gemäß Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e, f DSGVO verarbeitet werden, haben Sie das Recht, gemäß Art. 21 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten einzulegen, soweit dafür Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben. Möchten Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen oder andere Ihnen zustehende Rechte ausüben, genügt eine E-Mail an datenschutz@rae-ibk.de